

Neue Impulse der Bildungsreform

Am 24. 2. 2016 fand im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum eine Podiumsdiskussion zum Bildungsreformkonzept der Bundesregierung statt. Der Saal war vollbesetzt. Unter der Leitung von **Patrick Horvath** (WIWIPO) diskutierten die Vorsitzende von Bildung grenzenlos und ehemalige AHS Direktorin **HR Mag. Heidi Schrod**t, der Bundesgeschäftsführer der SPÖ **Dr. Gerhard Schmid** und der ehemalige Parteiobmann der ÖVP **Dr. Josef Taus**.

Schmid schätzt Bildungsdiskussionen da die Bildung einen zentralen Stellenwert über die Qualität einer Gesellschaft aussage. Österreich brauche ein starkes leistungsfähiges Schulsystem in dem der humboldtsche Gedanke und die humanistische Idee verankert sei. Das Angebot müsse es aber für alle Kinder geben, egal woher sie kämen. In letzter Zeit sei viel Positives geschehen. Im Elementarbereich gebe es aber große Herausforderungen. In der 15% Klausel für die Modellregionen sieht er ein West – Ostgefälle bei der ÖVP. Die Verwaltungsreform müsse bewältigt werden, Eltern hätten kein Interesse an formalen Kriterien. Er hofft auf eine Weiterentwicklung des österreichischen Schulsystems, das im internationalen Vergleich organisch sehr kompliziert strukturiert und für andere Länder unverständlich sei.

Schrodt möchte sich konkret auf das Reformpapier vom 17. November 2015 beziehen. Ihrer Meinung nach ist die Schule in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts stecken geblieben.

Positiv sieht sie

- die Reduzierung der Schulversuche,
- den Ausbau des Internetzugangs,
- die Entschärfung der Nahtstelle Kindergarten – Volksschule, wobei das Wie noch nicht klar sei
- das 2. verpflichtende Kindergartenjahr, das aber eine bessere Ausbildung der Pädagog/innen erfordere
- die Idee des Bildungskompasses, wobei sowohl Fragen des Datenschutzes als auch, wer diese Arbeit erledigen solle, geklärt werden müssten
- die Sprachstartkurse an Schulen

Ungelöste Fragen sind für sie

- die Schulautonomie. Hier gebe es nur ganz kleine Spielräume und keine echte personelle Autonomie. Das Vetorecht bei Lehrereinstellungen empfindet sie fast als zynisch.
- die flache Führungsstruktur vor allem im AHS und APS Bereich. Es fehle an Personal
- die Modellregionen. Eine Bildungsregion könne sich niemals über Prozentklauseln definieren sondern über die gesellschaftlichen und geographischen Gegebenheiten

Kritik übt sie daran, dass folgende Punkte im Reformpapier fehlen:

- Ganztagschule, Inklusion, Quereinsteiger/innen, Umgang mit Schulabbrecher/innen, Supportpersonal.

Das Reformpapier müsse gemeinsam bearbeitet werden, eine große Schulreform könne aber nie kostenneutral sein. Seit der Amtszeit von BM Gehrler gebe es schon viele Vorschläge. Diese solle man aus den Schubladen holen und auf sie aufbauen. Leider fehle in Österreich die große Vision zur Schule: wohin wollen wir wann kommen und wie erreichen wir das?

Schmid antwortet, dass die Modellregionen ein politischer Kompromiss waren, der durch den Druck der Landeshauptleute zu Stande kam. Die SPÖ habe Visionen, sie trete für eine gemeinsame Schule ein, die in anderen Ländern auch funktioniere. Durch die 2008 entstandene Wirtschaftskrise und die Migrationswelle gebe es aber zwei große Herausforderungen. Die Schulautonomie werde

weiter verhandelt. Bei der Notengebung spricht er sich für die verbale Version aus da Ziffernnoten nur eine begrenzte Aussagekraft hätten. Internationale Tests wie PISA seien nur eine Orientierungshilfe.

Taus betont kein Bildungspolitiker zu sein und keine pädagogische Ausbildung zu haben. Seine Erfahrungen beschränken sich auf die Nachhilfestunden, die er ab der 6. Klasse gab, auf seine Tätigkeit als Schwimmlehrer und auf Vorlesungen die er an der WU hielt. Sein erster Schultag fiel mit dem Ausbruch des 2. Weltkriegs am 1. September 1939 zusammen. Die Schule war streng, wer nicht mitkam, wurde rasch in die Hilfsschule versetzt. Von den 40 Kindern in seiner Klasse durften 1943 drei zur Aufnahmeprüfung ins Gymnasium antreten, zwei schafften sie, er war einer davon. Er merkte bald, dass Menschen mit gleicher Intelligenz sehr unterschiedliche Bildungswege gingen. Seine Eltern konnten ihn nicht unterstützen da sie einfache Leute waren. Er musste sich im Gymnasium in der Hagenmüllergasse alles selbst erarbeiten, zum Unterschied von Klassenkameraden die aus Akademikerfamilien kamen.

Er meint, dass Österreich heute nicht dort, fördere wo es fördern sollte, es sei dabei den Anschluss zu verlieren. Der Leistungsgedanke müsse wieder eine Rolle spielen, intellektuelle Eliten müssten das Land weiter bringen. Lernen sei Schwerstarbeit, das müsse allen bewusst sein.

Es folgt eine ganze Reihe von Wortmeldungen aus dem **Publikum**. Taus wird gefragt, warum er jetzt für eine Gesamtschule eintrete, das als ÖVP Obmann aber nicht getan habe. Ein älterer **Teilnehmer** berichtet, zwei Mal in der Volksschule sitzen geblieben zu sein da er nicht schön genug geschrieben habe. Über die Arbeitermittelschule kam er dann zum Studium das er erfolgreich abschloss. Er wendet sich gegen die Überbetonung des Theologiestudiums, das überfinanziert werde. 29 Neupriester schlossen das Studium im vergangenen Jahr ab. Es gebe aber fünf theologische Fakultäten und drei Hochschulen. Ein **Teilnehmer** kritisiert, dass die Idee der mariatheresianischen Schulreform immer so negativ dargestellt werde. Eine **Vertreterin der Elternwerkstatt** spricht die Nullbockmentalität mancher Jugendlicher an. Es werde zu wenig auf deren Bedürfnisse eingegangen, auch von den Eltern, die verlangen, dass ihre Kinder „lernen müssen“. Jedes Kind wolle ohnedies sein Bestes geben. Ein **Teilnehmer** sieht in der Bildung eine Existenzfrage. Bei den Regionen müsse man die großen Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Bereich berücksichtigen. Eine **Bildungswissenschaftlerin** meint, dass Österreich nie mehr an das Niveau der Glöcklschule der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts herangekommen sei. Man wisse, dass die selektivsten Schulen die schlechtesten Ergebnisse hervorbrächten. Ein **Teilnehmer** (Jahrgang 1933) möchte eine Lanze für die Hauptschule brechen, die in seiner Jugend der „normale“ Schultyp war. Nach der 4. Klasse gaben die Lehrer/innen den Schüler/innen Tipps, welche Berufe sie erlernen sollten. *„Heute ist die Hauptschule mit einem Makel behaftet, die Kinder gehen alle in AHS, versagen dort und werden Tachinierer“*. Ein **Teilnehmer** ärgert sich darüber, dass für die Pflichtschulen ein autonomer Lehrplanbereich im Ausmaß von einem Drittel festgelegt wurde, das sei lächerlich. Bei der Ausbildung der Kindergartenpädagog/innen bleibe Österreich Schlusslicht. Die Bildungsverwaltung sei das Ergebnis eines politischen Powergames. Die Governance des Dualen Systems fehle völlig, ebenso die europäische Dimension, z.B. bei der dritten Fremdsprache.

Taus möchte keine Aussage dazu machen, ob die Gesamtschule eine Ideallösung sei. In seiner Amtszeit sei sie kein Thema gewesen. Eine gewisse Selektion werde immer notwendig sein, sonst müssten die Eltern des Mittelstandes den Weg wie in den USA und in Großbritannien beschreiten und teure Privatschulen finanzieren. Man müsse die Diskussion führen wie man jene, die nicht dem Bildungsbürgertum angehören bestmöglich an dieses heranführen könne. Außerdem müsse man schauen, wie man mit dem gigantischen Wissenswachstum der heutigen Zeit umgehen solle. Wie viel Wissen gehe überhaupt in ein Gehirn?

Schrodt findet die Reformen Maria Theresia auch großartig. Problematisch sei nur, dass die österreichische Schule dem preußischen Modell angepasst wurde und sich hier zu wenig verändert habe.

Auch sie findet es völlig falsch, dass ein Drittel des Lehrstoffs im Pflichtschulbereich in die Autonomie gegeben wurde. Eine besondere soziale Ungerechtigkeit sieht sie in der Abschiebung vieler Migrant/innen in Sonderschulen. Sie fordert eine sozialindizierte Mittelzuteilung an die Schulen. Um zu einer effizienten Schulverwaltung zu kommen, müsse man wohl die Bundesländer abschaffen. Sie wünscht sich Visionen über Parteigrenzen hinweg.

Schmid meint, der Autonomie müsse man mit Vorsicht begegnen, eine zentrale Steuerung sei nötig. Man solle einen dritten Lernort andenken, sei es ein Krankenhaus, ein Forstbetrieb, ein Sportverein, ein Theater, etc. Das Reformpapier sei ein Kompromiss, kein Programm. Schulen mit Selektionsmechanismen hätten schlechtere Ergebnisse als andere. Auch die SPÖ bekenne sich zur Förderung topwissenschaftlicher Standorte, denn das bedeute Sicherung von Arbeitsplätzen. Sie stehe auch zum Leistungsbegriff, aber zu einem solidarischen, nicht zu einem selektiven.

Dr. Christine Krawarik